

Pressemitteilung



- Kein Platz für Rödermärker Schüler-

FDP fordert: Rödermark darf bei der Schulwahl nicht benachteiligt werden

2014 ist nun das passiert, was sich in den Vorjahren bereits andeutete und worauf die FDP Rödermark bereits seit vielen Jahren hingewiesen hat. 24 Rödermärker Schulkinder finden nach den Sommerferien keinen Platz auf einem Gymnasium. Sowohl das Riccarda-Huch-Gymnasium in Sprendlingen als auch das Adolf-Reichwein-Gymnasium in Heusenstamm sind an ihrer Kapazitätsgrenze angekommen und können keine weiteren Schüler mehr aufnehmen. „Es ist ein Skandal, dass die Politik es so weit hat kommen lassen!“, so FDP-Fraktionsvorsitzender Tobias Kruger. „Seit Jahren ist der verstärkte Wunsch der Eltern zu erkennen, ihren Kindern einen reinen gymnasialen Bildungsweg zu ermöglichen. Seit Jahren versagt die Politik im Kreis, hierfür die entsprechenden Weichen zu stellen.“

Seit vielen Jahren fordert die FDP Rödermark bereits ein eigenständiges Gymnasium für Rödermark. Die Schülerzahlen und die langfristigen Trends berechtigen eine solche Forderung. Rödermark ist die Kommune mit den meisten pendelnden Schülerinnen und Schülern im ganzen Kreis. Viele hundert Schüler müssen täglich lange Wege in Kauf nehmen, um den gewünschten Bildungsweg bestreiten zu können. „Hätte der Kreis diese Forderung schon vor 8 Jahren aufgegriffen, als sie erstmals öffentlich gestellt wurde, hätten wir heute diese Diskussion gar nicht“, so FDP-Fraktionsvize Dr. Rüdiger Werner. „Es war doch ganz klar vorauszusehen, dass der Trend hin zum reinen Gymnasialzweig nach der Rückkehr der Gymnasien im Kreis zu G9 einen weiteren Schub bekommen wird. Genauso wie in den vergangenen Jahren integrierte Gesamtschulen wie die Oswald-von-Nell-Breuning-Schule, auf denen weiterhin das Abitur nach 9 Jahren gemacht werden konnte, von der Umstellung auf G8 profitierten, profitieren jetzt die Gymnasien von der Rückkehr zu G9. Das ist einer der Gründe, warum Rödermärker Eltern der Schule vor Ort in den letzten Jahren verstärkt den Rücken kehren und die Anmeldezahlen hier fallen.“

In Deutschland ist die freie Wahl des Bildungsweges im Gesetz festgeschrieben (§ 34 SchulG). Land und Kreis als Schulträger sind verpflichtet, dieses Recht zu gewährleisten. Die FDP Rödermark fordert daher von Land und Kreis, dieses Recht auch für Rödermärker Bürger weiterhin zu gewährleisten. Dabei sollte man keine Spitzfindigkeiten anführen und das reine Gymnasium auf dem Papier abwerten. Für Eltern und Schüler bestehen deutliche Unterschiede darin, ob man ein Abitur in einem reinen Gymnasium, einer kooperativen Gesamtschule oder in einer integrierten Gesamtschule macht. „Es kann nicht sein“, so Dr. Werner weiter, „dass es vom Wohnort abhängt, ob ein Kind, das von der Grundschule eine gymnasiale Empfehlung erhalten hat, ein reines Gymnasium besuchen darf oder nicht. Hier wird der Gleichheitsgrundsatz massiv verletzt.“

„Es ist ja nicht so, dass alle Schulen im Kreis überbelegt sind, so Tobias Kruger abschließend. „Während viele Gymnasien aus allen Nähten platzen, haben vor allem die Haupt- und Realschulen in der Regel ungenutzte Raumkapazitäten. Die Schülerzahlen generell werden in den nächsten Jahren kreisweit spürbar abnehmen. Eine gewisse Entspannung der Situation ist also vorprogrammiert. Es



Pressemitteilung

gilt daher, für die Übergangszeit von wenigen Jahren eine akzeptable Lösung zu schaffen. Hier sind sowohl Raumkooperationen mit den oft benachbarten Haupt- und Realschulen wie auch Containerlösungen denkbar. Für uns ist es nicht akzeptabel, dass Rödermärker Kinder nur aufgrund ihres Wohnortes subjektiv schlechtere Bildungschancen haben als Kinder anderer Kommunen im Kreis. Wir werden daher die Eltern nach Kräften darin unterstützen, dass hier für alle akzeptable Lösungen geschaffen werden. Im Übrigen wäre die im Sommer freiwerdende Helene-Lange-Schule in Urberach eine gute Gelegenheit, nochmals über ein ergänzendes Gymnasium als langfristige Lösung in Rödermark nachzudenken.“ (rw)